

5. Republikanismus und Liberalismus, Föderalismus und Antiföderalismus in der Amerikanischen Revolution

5.1 Der amerikanische Gründungsmythos: Ein Konstrukt ohne Alternativen

Trotz aller Widersprüche und trotz ihrer jüngsten Entwicklung gelten die USA nach wie vor als das Land des Liberalismus schlechthin. Wer sich antiamerikanisch äußert, gilt zu Recht als Gegner des Liberalismus. Tatsächlich hat der amerikanische Traum von der Unabhängigkeit der Individuen für die Stabilität der Demokratie in den Vereinigten Staaten stets eine große Rolle gespielt; denn zu Zeiten heftiger Konflikte konnte mit dem Bezug auf die Nation auch die Idee vom gemeinsamen Kampf für die Freiheit mobilisiert werden. Allerdings diente dieses Narrativ von der Freiheit, das die Gegensätze der politischen Interessen überwand, nicht selten ganz anderen Zielen. So wurde der Verfassungskonsens reklamiert, um demokratische Legitimation für die Interessen imperialistisch handelnder Machtgruppen zu erhalten, etwa im Fall der Vernichtung der Indianer, oder im Fall des Vietnamkriegs, oder im Fall der Unterstützung solcher Diktaturen, die sich den Interessen amerikanischer Konzerne fügten.

Aber, die »große Erzählung« vom gemeinsamen Traum von Freiheit schließt eine Freiheit aus: die Freiheit, sich für eine wirklich liberale Alternative zum Status quo zu entscheiden. Es wird vorausgesetzt, dass es per se keine prinzipiellen politischen Differenzen unter denjenigen geben kann, die gegen Faschismus und Kommunismus und für Demokratie und Freiheit eintreten. Die Beschwörung der Freiheitsgeschichte der USA bringt Geschichte jedoch zum Verschwinden. In ein und demselben Atemzug werden unterschiedliche, ja geradezu gegensätzliche Gründerväter der USA wie Benjamin Franklin (1706–1790), George Washington (1732–1799), John Adams und Thomas Jefferson gelobt. Ihre Schriften und Reden werden von allen politischen Richtungen beliebig in Anspruch genommen – bis die Konflikte im Prozess der Entstehung der Vereinigten Staaten im Nachhinein zu einem ebenso triumphalen wie uniformen, nationalen Mythos verschmelzen.

In der Folge dieses Vorgangs verschwindet nicht allein die Vergangenheit; auch der offene Blick auf die Zukunft des Landes wird verstellt. Denn wer in Bezug auf die Vergangenheit der USA keine konkurrierenden Alternativen politischen Handelns, sondern nur den einen großen Weg zur Freiheit Amerikas erkennen will, der macht sich unfähig, in der Gegenwart unterschiedliche Möglichkeiten politischer Entwicklung zu erkennen und die Weichen entsprechend zu stellen.

Alle Bürger werden immer wieder dazu aufgerufen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und gemeinsam ein neues, stärkeres, besseres Amerika zu schaffen. Doch im Grundsätzlichen geschieht nichts; alles geht irgendwie weiter; niemand glaubt ernsthaft daran, die Probleme der heutigen amerikanischen Gesellschaft – sie reichen von der Ausbreitung der Armut bis zur Zerstörung der Natur – könnten je gelöst werden. Die Gesellschaft zerfällt in vereinzelte Individuen oder in jüngster Vergangenheit in zwei unversöhnliche Lager, obwohl in der Öffentlichkeit stets neu von gemeinsamen politischen Visionen die Rede ist.

Was Soziologen nüchtern als die Risiken von Individualisierungsschüben beschreiben und was der Journalist George Packer in seinem schockierenden Buch *Die Abwicklung. Eine innere Geschichte des neuen Amerika*¹ anhand zahlreicher Biographien von Bürgern der USA schildert, ist die Tatsache, dass dort die Mehrheit der Menschen von der Möglichkeit ausgeschlossen wird, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Eine wesentliche Ursache dieses Niedergangs besteht darin, dass diejenigen, die über genügend ökonomische Macht und materiellen Reichtum verfügen, eine neue, vor allem an der Ost- und der Westküste lebende Klasse von quasi kollektivistischer Uniformität bilden. In völligem Widerspruch zum für typisch amerikanisch gehaltenen Ideal von Freiheit kapseln sie sich gegen den ärmeren Teil der Gesellschaft ab und bilden so eine Art sekundärer Aristokratie. Der amerikanische Mythos dient nur noch dazu, eine Realität zu legitimieren, die mit dem Ideal der Vereinigten Staaten als dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten und dem Land der Freiheit wenig zu tun hat.

Das durch Politik, Fernsehen und andere Medien noch immer weit verbreitete, positive Geschichtsbild wird bisher, aller Warnsignale zum Trotz, von einem Großteil der Historiker gestützt. Auch unter ihnen gibt es starke Tendenzen, den amerikanischen Liberalismus als eine Einbahnstraße darzustellen, mit der Folge, dass fundamentale politische Alternativen, die in der Vergangenheit entwickelt und diskutiert worden waren und die für die Zukunft Bedeutung haben könnten, unterschlagen werden. Dieses Verkürzen und Vergessen ist Teil unterschiedlichster aka-

1 George Packer: *Die Abwicklung. Eine innere Geschichte des neuen Amerika*, 2013, Frankfurt a.M. 2014. Die geschilderten Biografien betreffen den Zeitraum von 1978 – 2012. Für eine genaue Beschreibung des Buches siehe den Artikel *Die Abwicklung. Eine innere Geschichte des neuen Amerika*, https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Abwicklung:_Eine_innere_Geschichte_des_neuen_Amerika

demischer Schulen und unterschiedlichster politischer Einstellungen. Linke Historiker wie Herbert Aptheker (1915–2003) zeigten,² wie sich die kapitalistische Logik durchsetzte, liberale Historiker wie George Bancroft (1800–1891) hingegen, wie sich die Bürger der USA den Weg in die Freiheit bahnten.³

Bancroft hatte seine einflussreiche, monumentale Darstellung der Ursprünge und Anfänge der Vereinigten Staaten nicht zuletzt unter dem Eindruck deutscher hegelianischer Geschichtsteologie verfasst; weshalb in seinem Werk die Entwicklung der USA als unumgänglicher, schicksalhafter Weg in die Freiheit interpretiert wird. Dieses die Komplexität der Vorgänge erheblich reduzierende Geschichtsbild war aber schon im frühen zwanzigsten Jahrhundert durch »progressive historians« wie Carl L. Becker (1873–1955)⁴ und Charles A. Beard (1874–1948)⁵ erschüttert worden. Beard hatte den Übergang von der eher losen Konföderation zur eher festen Union als Konterrevolution interpretiert, hatte er doch zeigen können, dass der Konflikt um die amerikanische Verfassung in den 1780er Jahren von gegensätzlichen ökonomischen Interessen bestimmt worden war. Er wies nach, dass diejenigen Personen und Gruppen, die sich besonders vehement für die amerikanische Verfassung eingesetzt hatten, als Mitglieder der reichen Oberschicht ein genuines wirtschaftliches Interesse am Aufbau einer starken Bundesgewalt gehabt hatten.

Trotz des Impulses der Arbeiten Beckers und Beards blieb die Sicht auf die Frühzeit der USA beschränkt. Als Repräsentant jener Historiker, die, nicht zuletzt unter dem Zeichen des Kalten Krieges, selbst die schärfsten geschichtlichen Gegensätze zugunsten einer »consensus history« nivellierten,⁶ schrieb der Politologe Lou-

2 Herbert Aptheker: *The American Revolution, 1763–1783. A History of the American People. An Interpretation*, New York 1960.

3 George Bancroft: *History of the United States, from the Discovery of the American Continent*. Erschienen in Boston/Massachusetts ab dem Jahr 1834, gibt es von dieser in acht oder zehn Bänden veröffentlichten Darstellung im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts zahlreiche Ausgaben. Einzelbände wurden auch ins Deutsche übersetzt. Von den jüngeren, liberal inspirierten Publikationen siehe besonders Gordon S. Wood: *The Radicalism of the American Revolution*, New York 1992.

4 Carl L. Becker: *The History of Political Parties in the Province of New York, 1760–1776*, Madison/Wisconsin 1909.

5 Charles A. Beard: *Eine ökonomische Interpretation der amerikanischen Verfassung*, 1913, Frankfurt a.M. 1974. Für erste Information über das Buch siehe den Artikel *An Economic Interpretation of the Constitution of the United States*, https://de.wikipedia.org/wiki/An_Economic_Interpretation_of_the_Constitution_of_the_United_States. Für eine Darstellung der Kritik an Beard siehe Dick Howard: *Die Grundlegung der amerikanischen Demokratie*, 1986, Frankfurt a.M. 2001, Kapitel 8 *Die Geschichte neu durchdacht. Revolution und Konterrevolution*, S. 202–217, S. 372f. Beards Ansatz findet sich weiterentwickelt bei Merrill Jensen: *The American People and the American Revolution*, in: *The Journal of American History*, Bd. LVII, H. 1, 1970, S. 5–35.

6 Siehe den Artikel *Consensus History*, https://en.wikipedia.org/wiki/Consensus_history

is Hartz (1919–1986) im Jahr 1955, die Entwicklung der Vereinigten Staaten sei der Erfolgsweg des Liberalismus, den der Autor ohne nähere Erklärung als »classical« und »Lockean« bezeichnet.⁷ Es war wohl Hannah Arendt (1906–1975), die dann 1963 in ihrem Buch *Über die Revolution* erstmals die Bedeutung nicht des Liberalismus, sondern des Republikanismus für die Amerikanische Revolution hervorhob. In den späten 1960er Jahren geriet Hartz' Darstellung der Geschichte – durch Forschungen erst von Bernard Bailyn, dann von Gordon S. Wood, dann von John G. A. Pocock⁸ – mehr und mehr in eine Krise. Pocock stellte die These auf, das ideologische Paradigma der jungen USA sei nicht der Liberalismus Lockescher Prägung, sondern jener Republikanismus gewesen, der in Niccolò Machiavellis (1469–1527) *Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio* und in James Harringtons (1611–1677) *The Commonwealth of Oceana* zum Ausdruck komme. Pocock trieb seine These sehr weit; seiner Meinung nach waren die politischen Akteure in den Anfängen der Vereinigten Staaten stark an jene Begriffs- und Sprachfelder gebunden, welche diese Tradition des Republikanismus ihnen vorgegeben hatte.⁹

Nachdem also in den 1960er und 1970er Jahren Forscher wie Bailyn, Wood und Pocock den Republikanismus unter den Protagonisten der Amerikanischen Revolution in den Vordergrund ihrer Betrachtung gerückt hatten, wurden in den 1990er Jahren Stimmen laut, die erneut den Liberalismus der Aktivisten betonten. Zu diesen »Neo-Lockean« Historikern gehören Joyce Appleby, Isaac Kramnick und Garrett

7 Louis Hartz: *The Liberal Tradition in America. An Interpretation of American Political Thought since the Revolution*, New York 1955.

8 Bernard Bailyn: *The Ideological Origins of the American Revolution*, Cambridge/Massachusetts 1967 – Gordon S. Wood: *The Creation of the American Republic, 1776–1787*, Chapel Hill/North Carolina 1969 – John G. A. Pocock: *The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*, Princeton/New Jersey und London 1975. Pocock recurriert einerseits auf Ferdinand de Saussures begriffliche Differenzierung zwischen »langue« und »parole«, andererseits auf Thomas S. Kuhns Begriffe »Paradigma« und »Paradigmenwechsel«. Im Vorwort zu John G. A. Pocock: *Die Andere Bürgergesellschaft. Zur Dialektik von Tugend und Korruption*, Frankfurt a.M. und New York 1993, kritisiert Werner Sewing: »Pocock entgeht dabei nicht immer der Gefahr, diese Diskurse im Sinne des Strukturalismus als Tiefenstrukturen zu interpretieren, die gleichsam hinter dem Rücken der Akteure deren Handlungen steuern. Die conceptual universes, traditions of discourse, vocabularies and idioms etc. scheinen ein Eigenleben zu führen, und dies entgegen der Absicht, die politische Sprache im historischen Kontext zu verorten.« (S. 13) Für eine Darstellung der Linie Hartz/Bailyn/Wood/Pocock siehe Peter Bergmair: *Thomas Jeffersons republikanische Theorie*, Phil. Diss., Augsburg 1986, Abschnitt I. *Die Amerikanische Revolution und die Gründung der Republik. Die historiographische Auseinandersetzung*, S. 37–53.

9 Die mit dem Thema Republikanismus befassten Historiker wiederum hatten Einfluss auf die Sozialtheorie der Kommunitaristen. Siehe Alasdair C. MacIntyre: *Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart*, 1981, Frankfurt a.M. und New York 1987, und Charles Taylor: *Die Beschwörung der Civil Society*, in: Krzysztof Michalski (Hg.): *Europa und die Civil Society. Castalgandolfo-Gespräche* 1989, Stuttgart 1991, S. 52–81.

Ward Sheldon, die alle die Einheitlichkeit im Denken und Handeln der Politiker der jungen USA in Frage stellten und zu zeigen versuchten, dass und wie sich liberale und republikanische Elemente mischten.¹⁰

Für die eine Richtung der Interpretation stehen die Subjekte geschichtsnotwendig im Dienst des von Locke inspirierten Liberalismus; für die andere Richtung werden dieselben Personen zu Spielfiguren in Sprachspielen des republikanischen Diskurses. Bei allem Hin und Her der Meinung, bei aller Sorgfalt der Hinwendung zu den Unterschieden, ja Gegensätzen zwischen den Gründervätern der Vereinigten Staaten – die Sehweise der Historiker nicht allein des neunzehnten, sondern auch des zwanzigsten Jahrhunderts bleibt, auch wenn der Mythos vom Traum Amerika in Frage gestellt wird, erstaunlich monolithisch und deterministisch. Der Weg in die Freiheit scheint etwas fundamental »Unfreies« zu sein.

Immer wieder äußert sich ein hegelianisches Denken, das die Entwicklung als unausweichlich begreift. Es geht darum, die Widersprüche, die die Entfaltung der modernen Industriegesellschaft wie in einem Automatismus erzeugt, in der Synthese aufzuheben. In der Folge bleiben Studien über solche Positionen, die von den Hauptströmen der Entwicklung abweichen, eigentümlich bedeutungslos. Im äußersten Fall dienen kritische Positionen nur der Durchsetzung der vermeintlich alleinigen Moderne; durch die »List der Vernunft«, so werden wir belehrt, würden noch die vehementesten Opponenten des »Unausweichlichen« schließlich zu Helfershelfern. In einem Standardwerk Hans-Christoph Schröders etwa liest man:

»Auch in der Amerikanischen Revolution läßt sich mithin die Paradoxie aller großen Revolutionen der Neuzeit beobachten, daß sie von modernitätsfeindlichen Impulsen angetrieben wurde und letztlich doch den Modernisierungsprozeß gefördert hat. Eine Revolution, in deren Anfängen der Argwohn gegen Luxus und Reichtum so emphatisch artikuliert worden war, und die von der Furcht vor den ansteckenden Wirkungen englischer Opulenz und Dekadenz geleitet wurde, setzte eine in Amerika bis dahin nicht gekannte wirtschaftliche Dynamik frei und führte zu einem intensiven ökonomischen Austausch zwischen den verschiedenen amerikanischen Regionen. Sie brachte [...] ein System hervor, das die Wirtschaft ungemain stimulierte, so daß die Amerikaner sich schon bald als ein ›people of plenty‹ verstanden und prinzipiell unbegrenzte Mehrung des Reichtums zu einem spezifischen Merkmal der Vereinigten Staaten wurde. [...] Dieses Resultat – auch in Amerika durchaus nicht gewollt und eher ein Nebenprodukt ursprünglich anders-

10 Joyce Appleby: *Liberalism and Republicanism in the Historical Imagination*, Cambridge/Massachusetts und London 1992 – Isaac Kramnick: *Republicanism and Bourgeois Radicalism. Political Ideology in Late Eighteenth-Century England and America*, Ithaca/New York und London 1990 – Garrett Ward Sheldon: *The Political Philosophy of Thomas Jefferson*, Baltimore/Maryland und London 1991.

artiger, zum Teil sogar konträrer Zielsetzungen – erscheint den großen Revolutionen wie durch die ›List der Vernunft‹ verordnet und aufgesetzt.«¹¹

Ein Forschungsansatz, der auf einem historischen Determinismus wie bei Schröder basiert, kann per se nicht wahrnehmen, dass es der behaupteten Dynamik widersprechende Tendenzen wie den starken Liberalismus geben könnte. Er kann per se nicht wahrnehmen, dass es in wohl jeder konkreten Situation die Möglichkeit der Entscheidung für eine andere Moderne gab. Für die Idee und das Konzept dieser linearen Historie gibt es nämlich nur zwei Positionen: Entweder man stand zu einer bestimmten Zeit der Geschichte bewusst und damit erfolgreich auf Seiten des Fortschritts; oder man stand woanders, hat aber mit der eigenen Niederlage dem Fortschritt wider Willen gedient.

Bei dieser Betrachtung der Geschichte gehören zur ersten Gruppe, also den »Modernen«, vor allem die sogenannten Föderalisten, zur zweiten Gruppe, also den »Antimodernen«, vor allem die sogenannten Antiföderalisten. In der Tat geht die heutige Verfassung der USA wesentlich auf Vorschläge von Föderalisten zurück. Die *Federalist Papers* – jene von Alexander Hamilton, James Madison (1751–1836) und John Jay (1745–1829) verfassten, in verschiedenen Zeitungen der Vereinigten Staaten 1787 und 1788 veröffentlichten fünfundachtzig Artikel zur Verteidigung des Entwurfs der Verfassung, – gelten nicht nur in Amerika als Meilenstein der Begründung einer zugleich marktwirtschaftlichen und demokratischen Moderne. Als Herausgeberin der deutschen Übersetzung der *Federalist Papers* schrieb Barbara Zehnpfennig, es gebe »wohl kaum ein Dokument freiheitlich-republikanischen Verfassungsdenkens, in dem politische Theorie so unmittelbar Reflexion politischer Praxis« sei; die Artikel, so Zehnpfennig, ließen »in ihrer Interpretation dieser Verfassung erstmals das Modell einer modernen, pluralistisch organisierten republikanischen Ordnung erstehen.«¹²

Unausgesprochen setzt die Beschreibung Zehnpfennigs voraus, dass es für die Errichtung einer »modernen, pluralistisch organisierten republikanischen Ordnung« nur ein einziges Modell gab und gibt. Dieses Modell besteht in den Augen der meisten Interpreten aus einer Kombination von gemäßigter Demokratie, Gewaltenteilung und wachstumsorientierter Marktwirtschaft. Vor allem eine revolutionäre Orientierung am Prinzip Markt, so wurde behauptet, kennzeichne die Modernität der Föderalisten. Selbst Pocock sah – trotz seiner Kritik an der Vorstellung, die jungen USA seien vom Paradigma des klassischen Liberalismus

11 Hans-Christoph Schröder: *Die Amerikanische Revolution. Eine Einführung*, München 1982, S. 159f.

12 Barbara Zehnpfennig: *Einleitung*, in: Alexander Hamilton (u.a.A.): *Die Federalist Papers*, übersetzt, eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von Barbara Zehnpfennig, Darmstadt 1993, S. 1–44, Zitat S. 1.

geprägt worden, – in den Föderalisten diejenige Gruppe, die den Ausstieg aus dem ökonomischen und kulturellen Traditionalismus und den Einstieg in den modernen Kapitalismus angeregt und betrieben habe. Als führender Wirtschaftspolitiker der Föderalisten habe sich Hamilton für einen »modernen Whig« gehalten, für einen Liberalen und Progressiven im Kontext neomachiavellistischer Konzepte, angesiedelt zwischen »antiquiertem Tugendethos« und »kommerzieller Modernität«.¹³

Nach herrschender Meinung haben die Föderalisten den demokratischen Kapitalismus als einzige zukunftsweisende Wirtschaftsweise gegenüber den Antiföderalisten durchgesetzt. Diese gelten bei einem Großteil der Geschichtsschreiber als zwar demokratische, doch antimoderne Bewegung, die aufgrund ihrer traditionellen Auffassung von Wirtschaft durch die Geschichte überholt worden sei.¹⁴ Allerdings gibt es auch andere Stimmen. Das simple Schema der Opposition von Föderalisten und Antiföderalisten übernehmend, haben Autoren wie Richard K. Matthews die Antiföderalisten als antiautoritäre, antikapitalistische Bewegung hingestellt, in deren Ideen ein frühbürgerlicher Vorschein späterer sozialistischer Systemkritik zum Ausdruck gekommen sei.¹⁵

Als maßgebliche Sicht, verbreitet auch in etlichen Nachschlagewerken und Schulbüchern, gilt jedoch die Auffassung, die Antiföderalisten hätten eine »stärker die Interessen der Einzelstaaten und Kommunen berücksichtigende, traditionell-agrarisch geprägte Wirtschaftsordnung«¹⁶ befürwortet. Diese Interpretation kann sich auf die Mehrzahl der amerikanischen Historiker stützen. Sogar auf Richard Hofstadter (1916–1970), der sich sonst gegen die Mythologisierung der Geschichte der Vereinigten Staaten gewandt hatte. In seinem bei Erscheinen im Jahr 1955 hoch gelobten Buch *The Age of Reform* schrieb Hofstadter, der »nicht kommerzielle,

13 »Gerald Stourzh's exploration of Hamilton's thought against the background of republican humanism has left no doubt that he considered himself a ›modern Whig‹ in the context of the neo-Machiavellian contrast between virtuous antiquity and commercial modernity.« John G. A. Pocock: *The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*, with a New Afterword by the Author, Princeton/New Jersey und Oxford 2003, S. 529. Pocock bezieht sich auf Gerald Stourzh: *Alexander Hamilton and the Idea of Republican Government*, Stanford/Kalifornien 1970, Abschnitt *Virtue as the Principle of Republican Government*, S. 63–70, und Abschnitt *Hamilton, Hume, and the Replacement of Virtue by Self-Interest. The Victory of the Moderns*, S. 70–75.

14 John G. A. Pocock, wie Anm. 13 Kap. 5, S. 525ff, S. 533, S. 541.

15 Richard K. Matthews: *The Political Philosophy of Thomas Jefferson. An Alternative Interpretation*, Phil. Diss., Toronto 1981, und Ders.: *The Radical Politics of Thomas Jefferson. A Revisionist View*, Lawrence/Kansas 1984.

16 Hugo Ott, Hermann Schäfer (Hg.): *Wirtschafts-Ploetz. Die Wirtschaftsgeschichte zum Nachschlagen*, Freiburg i.Br. und Würzburg 1984, S. 429.

nicht pekuniäre, auf Selbstversorgung bedachte Aspekt des Lebens amerikanischer Farmer« habe Jefferson und seine Anhänger »unwiderstehlich angezogen«.¹⁷

Da eine »traditionell agrarisch orientierte Wirtschaftsordnung« heute tatsächlich der Vergangenheit angehört und auch eine präsozialistische Haltung heute obsolet erscheint, liegt es nahe, die Position der Föderalisten für die einzige seinerzeit in die Zukunft weisende Position zu halten.¹⁸

Doch solche Deutungen der Geschichte sagen mehr über den Standort der Interpreten als über die historische Situation in der Entstehungsphase der USA aus.

5.2 Die Antiföderalisten als eigentliche Föderalisten

Schon die heute üblichen Bezeichnungen für die sich damals bekämpfenden politischen Strömungen sind Resultat eines interessegeleiteten Klischees. Den Zentralisten gelang es, in der Auseinandersetzung um die amerikanische Verfassung für sich selbst den positiv konnotierten Begriff »Föderalisten« zu reservieren, der geschickt ihre eigentlichen Absichten verschleierte; gleichzeitig hefteten sie den Antizentralisten den negativ konnotierten Begriff »Antiföderalisten« an. Dank dieses diskursiven Manövers blieben die eigentlichen Absichten der Föderalisten im Dunkeln; denn in Wahrheit waren sie keine Anhänger einer föderalistischen Ordnung, sondern Wegbereiter der Konzentration staatlicher und ökonomischer Macht. Die Anhänger einer wirklich föderalistischen Ordnung fanden sich bei den Antiföderalisten. Sie waren anti-zentralistisch und sie setzten sich für eine dezentrale Struktur der Macht in Staat und Wirtschaft ein.

Die Zentralisten (Föderalisten) hielten die Antizentralisten (Anti-Föderalisten) für Bremser im notwendigen Prozess der Modernisierung, während die Antizentralisten den Zentralisten vorwarfen, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen. Der Hauptvorwurf gegen die Föderalisten lautete, sie wollten an die Stelle der

17 Richard Hofstadter: *The Age of Reform. From Bryan to F.D.R.*, New York 1955, S. 23f, S. 30, Zitat S. 23.

18 Zu diesem Thema siehe Heide Gerstenberger: *Zur politischen Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft. Die historischen Bedingungen ihrer Konstitution in den USA*, Frankfurt a.M. 1973, Abschnitt 9.4 *Jeffersonische Demokratie in der Praxis. Zur republikanischen Politik der Jahre 1801–1808*, S. 175–188 – So hatte schon Jefferson als dritter Präsident der USA, anders als seine antiföderalistischen Anhänger erhofft hatten, die Politik der Föderalisten weitgehend fortgeführt? War nicht die von ihm angekündigte »Zweite Revolution« völlig ausgeblieben? Diese Anpassung wurde häufig als Zeichen dafür gewertet, dass Jefferson als Staatsmann, im Unterschied zu den radikalen Antiföderalisten an der Basis, den Geist der Zeit erkannt hatte und er dem von den Föderalisten eingeschlagenen Weg in den Kapitalismus, trotz seiner eigenen Vorliebe für ein nicht kapitalistisches Leben, Schritt für Schritt weiter gefolgt war.